

IAB-Kurzbericht

Aktuelle Analysen und Kommentare aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

In aller Kürze

■ Im II. Quartal 2009 spürten vier von zehn Betrieben in Deutschland die Folgen der internationalen Wirtschaftskrise. Sieben Prozent hielten sich für existenziell gefährdet. Zwischen großen und kleinen Betrieben gab es dabei kaum Unterschiede.

■ Die Krise hatte bis zum Befragungszeitpunkt alle Wirtschaftsbereiche erfasst und traf den produzierenden Sektor erwartungsgemäß am schwersten. Bemerkenswert ist, dass sich der Finanzsektor – von dem die Krise ausging – weniger betroffen sah als viele andere Bereiche.

■ Die Betriebe reagierten auf die Krise mit verschiedenen Maßnahmen, um Entlassungen und Schließungen möglichst zu vermeiden. Dazu gehören u. a. Einstellungsstopp, Umstrukturierungen und Kurzarbeit. Letztere war vor allem ein Instrument der Großen, während kleine Betriebe hauptsächlich auf neue Mitarbeiter verzichteten.

■ Ein Fünftel der Betriebe hatte Arbeitszeit- oder Lohnkürzungen eingeführt oder stand in Verhandlung darüber. Dies zeigt, dass Betriebe auch auf die Zugeständnisse der Arbeitnehmer zählen können, um der Krise zu begegnen.

■ Entscheidend für die weitere Entwicklung wird sein, ob die Betriebe mit solchen Maßnahmen bis zum Aufschwung durchhalten können. Ihre Beschäftigungserwartungen waren bereits verhalten optimistisch.

Unternehmensbefragung im II. Quartal 2009

Wie Betriebe in der Krise Beschäftigung stützen

von M. Heckmann, A. Kettner, S. Pausch, J. Szameitat und K. Vogler-Ludwig

Die täglichen Nachrichten über die Folgen der internationalen Krise für die deutsche Wirtschaft sind geprägt von eher groben Einschätzungen. Sie beruhen auf aggregierten Wachstumsraten und der Umsatzentwicklung von ganzen Branchen, oder auf Einzelbeispielen. Eine repräsentative Befragung von 8.000 Unternehmen über alle Wirtschaftsbereiche hinweg zeigt nun, wie groß die Betroffenheit von der Krise bisher war und wie Betriebe und Verwaltungen darauf reagieren.

Die internationale Wirtschaftskrise hat die deutsche Volkswirtschaft empfindlich getroffen. So ging der Volumenindex des Auftragsindex im Verarbeitenden Gewerbe zwischen Juni 2008 und Juni 2009 um rund ein Viertel zurück (vgl. **Abbildung 1**, Seite 2). Ursächlich dafür war vor allem die stark rückläufige Nachfrage aus dem Ausland, aber auch die Inlandsnachfrage ist gesunken. Die Bruttoanlageinvestitionen waren im ersten Quartal 2009 im Vergleich zum Vorjahresquartal um elf Prozent zurückgegangen, die Ausrüstungsinvestitionen um

20 Prozent. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, aber auch in Teilen des Dienstleistungssektors gingen die Umsätze im Vergleich zu Vorkrisenzeiten zurück.

Am Arbeitsmarkt ist diese dramatische Entwicklung bislang weniger spürbar als vielfach erwartet wurde. Zwar steigt die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der offenen Stellen ist niedrig, aber die Beschäftigung ging insgesamt nur leicht zurück und Massenentlassungen sind bis jetzt ausgeblieben (vgl. **Abbildung 2**, Seite 2).

Dieser Kurzbericht geht der Frage nach, welche Bereiche der deutschen Wirtschaft im zweiten Quartal 2009 von der Wirtschaftskrise betroffen waren und mit welchen Maßnahmen die Betriebe und Verwaltungen versucht haben, der Krise zu begegnen. Die viel diskutierte Kurzarbeit ist dabei nur eine Möglichkeit. Darüber hinaus können Betriebe Einstellungsstopps verfügen oder Mitarbeiter entlassen. Sie können mit der Belegschaft Lohnkürzungen und – unabhängig von Kurzarbeit – Arbeitszeitreduktionen vereinbaren. Durch Umstrukturierungsmaßnahmen können sie versuchen, ihre Kosten zu senken, und weggefallene

Nachfrage kann durch die Erschließung neuer Kundengruppen und Märkte abgedeckt werden.

Grundlage der hier vorgestellten Ergebnisse ist eine repräsentative Betriebsbefragung im zweiten Quartal 2009, die im Rahmen der IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots durchgeführt wurde (vgl. Infokasten auf Seite 4). Daran haben sich rund 8.000 Betriebe und Verwaltungen aller Wirtschaftssektoren beteiligt. Ihre Antworten

wurden auf die Gesamtwirtschaft hochgerechnet und zeichnen ein Abbild der betrieblichen Einschätzungen zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zum Befragungszeitpunkt.¹

Folgen der internationalen Wirtschaftskrise für Betriebe in Deutschland

Vier von zehn Betrieben waren betroffen

Rund 39 Prozent aller Betriebe sahen sich von der Wirtschaftskrise betroffen. Sieben Prozent fühlten sich sogar existenziell gefährdet. Dieser Anteil war in Ost- und Westdeutschland gleich hoch (vgl. Tabelle 1). Rund 1,7 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SV-Beschäftigte) waren in den existenziell gefährdeten Betrieben tätig. 32 Prozent der Betriebe spürten die Auswirkungen der Krise in Teilbereichen, bislang aber nicht existenziell. In ihnen arbeiteten rund zehn Mio. SV-Beschäftigte. Der Anteil dieser teilweise betroffenen Betriebe war mit 33 Prozent im Westen um sieben Prozentpunkte höher als im Osten. Die höhere Exportabhängigkeit der westdeutschen Industrie führt hier zu einer etwas stärkeren Belastung durch die Krise.

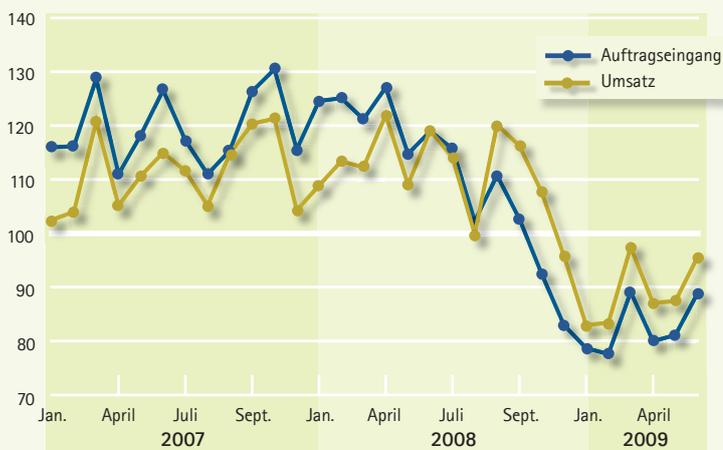
Die folgenden Abschnitte stellen die Ergebnisse für Gesamtdeutschland dar, da sich West und Ost nur wenig unterscheiden.

Die Krise traf alle Wirtschaftsbereiche, aber unterschiedlich stark

Erwartungsgemäß beeinträchtigt die Wirtschaftskrise vor allem den produzierenden Sektor: Über die Hälfte der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes war von der Krise betroffen (vgl. Abbildung 3). Am höchsten lag der Anteil mit knapp 70 Prozent im Bereich Metall/Metallerzeugnisse. Rund 20 Prozent fühlten sich hier sogar existenziell gefährdet. Der zweithöchste Anteil ist im Bereich Chemie/Kunststoff/Glas/Baustoffe zu verzeichnen (61 % insgesamt, 10 % existenziell) und der dritthöchste Anteil im Bereich Holz/Papier/Druck- und Verlagsgewerbe (58 % insgesamt, 11 % existenziell). Im Sektor Handel/Gastgewerbe/Verkehr und Nachrichtenübermittlung spürte jeder zweite Betrieb die Wirtschaftskrise, knapp jeder zehnte existenziell.

Abbildung 1
Wirtschaftliche Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe

Volumenindices des Umsatzes und des Auftragseingangs, 2005 = 100

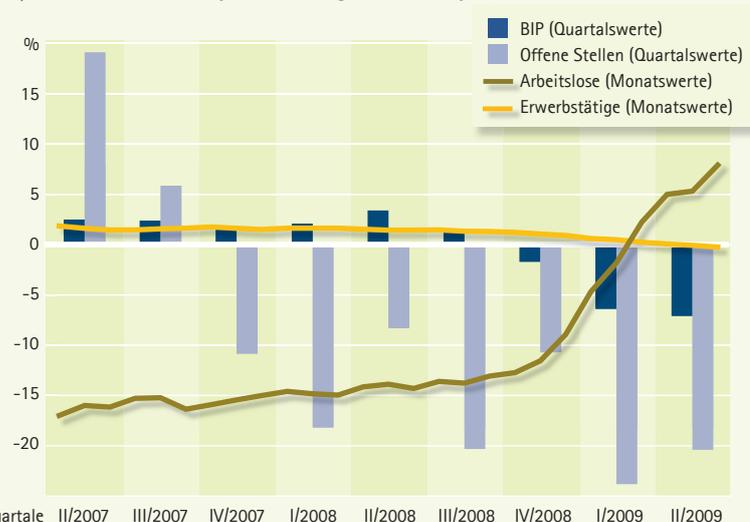


Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung.

© IAB

Abbildung 2
Wachstumsraten von Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit, Bruttoinlandsprodukt (BIP) und offenen Stellen

April 2007 bis Juni 2009, jeweils im Vergleich zum Vorjahr, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (BIP und Erwerbstätige), Bundesagentur für Arbeit (Arbeitslose), IAB-Erhebungen des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots (offene Stellen), eigene Berechnung.

© IAB

¹ Der Begriff Betrieb ist im Folgenden nicht auf privatwirtschaftlich orientierte, kaufmännische, gewerbliche oder industrielle Betriebe begrenzt, sondern schließt soziale, öffentliche und gemeinnützige Betriebe, Verwaltungen und Vereine mit ein.

Demgegenüber lagen die entsprechenden Anteile in den übrigen Dienstleistungssektoren deutlich niedriger. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe einschließlich der wirtschaftlichen Dienstleistungen fühlten sich 30 Prozent der Betriebe betroffen. Differenziert man innerhalb dieses Sektors, so zeigt sich für das Kreditgewerbe mit 22 Prozent ein vergleichsweise niedriger Anteil von existentiell oder in Teilbereichen betroffenen Betrieben. 78 Prozent spürten nach eigenen Angaben keine Auswirkungen der Krise (vgl. Tabelle 2).

Kleine und große Betriebe waren gleichermaßen betroffen

Zwischen großen und kleinen Betrieben gab es nur geringe Unterschiede, wie **Abbildung 3** verdeutlicht: In Betrieben mit mehr als 250 SV-Beschäftigten lag der Anteil bei 43 Prozent, in Kleinbetrieben mit weniger als zehn Beschäftigten bei 38 Prozent. Auch die Verteilung der SV-Beschäftigten zwischen existentiell, in Teilbereichen und gar nicht betroffenen Betrieben in den einzelnen Größenklassen zeigt kaum Unterschiede (vgl. Tabellen 3 und 4, Seite 4).

Bis zum zweiten Quartal dieses Jahres hatte die Krise damit alle Bereiche der Wirtschaft erfasst, auch wenn sie zunächst das Problem des Finanzsektors und exportabhängiger Großbetriebe im Verarbeitenden Gewerbe gewesen sein mag. Denn Klein- und Großbetriebe und die unterschiedlichen Sektoren sind wirtschaftlich stark miteinander verflochten. Beachtung verdient dabei, dass der Ursprung der Krise, der Finanzsektor, laut eigener Einschätzung zu den am wenigsten betroffenen Bereichen gehörte. Die staat-

Tabelle 2
Betroffenheit der Betriebe von der Wirtschaftskrise in ausgewählten Branchen

	existentiell oder in Teilbereichen betroffen	nicht betroffen
	Anteile in %	
a) Kredit- und Versicherungsgewerbe		
Kreditgewerbe	22	78
Versicherungsgewerbe	69	31
Finanzintermediäre	40	60
b) Wirtschaftliche Dienstleistungen	28	72
gesamt a) + b)	30	70

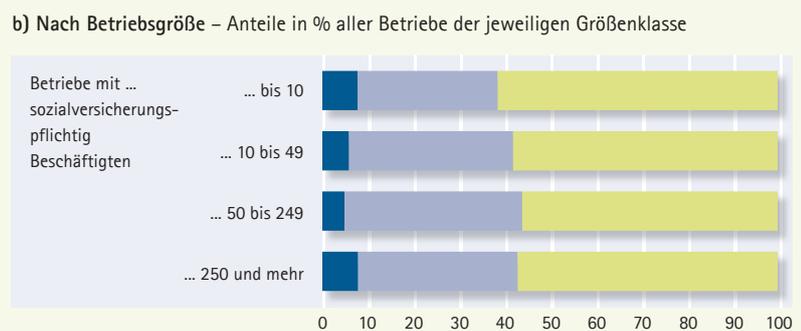
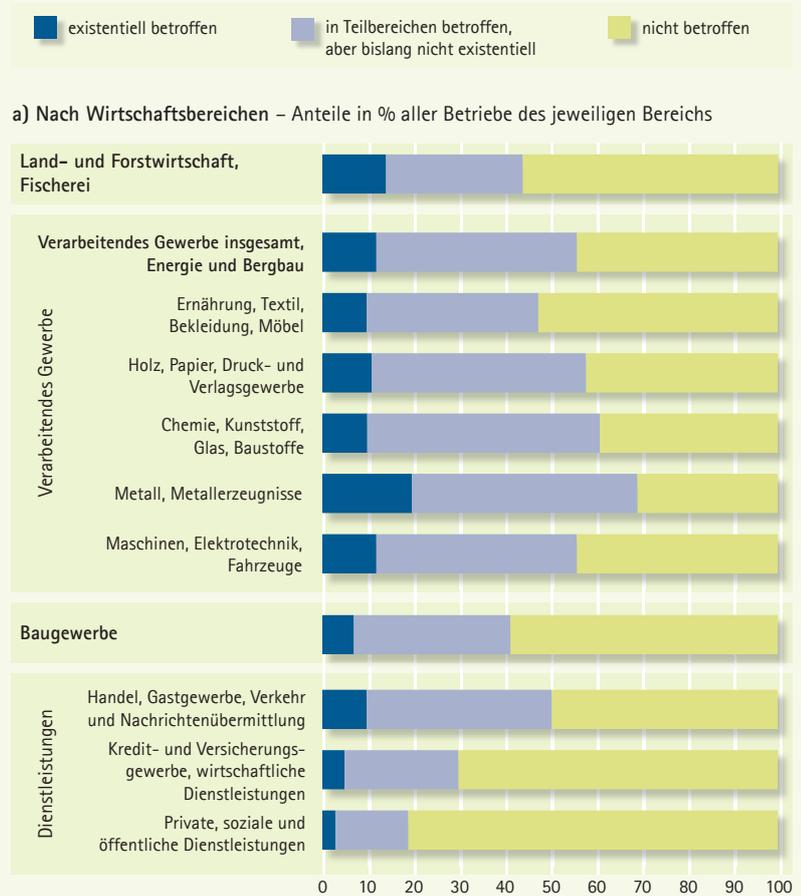
Quelle: IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots II/2009. © IAB

Tabelle 1
Betroffenheit der Betriebe und Verwaltungen von der Wirtschaftskrise im II. Quartal 2009

	existentiell betroffen	in Teilbereichen betroffen, aber bislang nicht existentiell	nicht betroffen	insgesamt
	Anteile in %			
Westdeutschland	7	33	60	100
Ostdeutschland/Berlin	7	26	66	100
Deutschland insgesamt	7	32	61	100

Quelle: IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots II/2009. © IAB

Abbildung 3
Betroffenheit der Betriebe von der Wirtschaftskrise im II. Quartal 2009



Quelle: IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots II. Quartal 2009. © IAB

Tabelle 3

Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den existentiell von der Wirtschaftskrise betroffenen Betrieben und Verwaltungen

nach Betriebsgrößenklassen

Betriebsgröße	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	
	absolut	Anteile in %
bis 10 SV-Beschäftigte	329.000	20
10 bis 49 SV-Beschäftigte	376.000	22
50 bis 249 SV-Beschäftigte	407.000	24
250 und mehr SV-Beschäftigte	569.000	34
insgesamt	1.681.000	100

Quelle: IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots II/2009.

© IAB

Tabelle 4

Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

nach Betroffenheit der Betriebe und nach Betriebsgröße

Betriebsgröße	existentiell betroffen	in Teilbereichen betroffen, aber bislang nicht existentiell	nicht betroffen	gesamt
				Anteile in %
bis 10 SV-Beschäftigte	7	32	61	100
10 bis 49 SV-Beschäftigte	6	37	57	100
50 bis 249 SV-Beschäftigte	6	40	55	100
250 u. mehr SV-Beschäftigte	7	36	57	100
insgesamt	6	37	57	100

Quelle: IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots II/2009.

© IAB



IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots

Die IAB-Erhebungen zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot werden seit 2006 quartalsweise durchgeführt, zuvor jährlich. Dazu wird jeweils im vierten Quartal eine repräsentative Auswahl von Betrieben und Verwaltungen aller Wirtschaftsbereiche, Betriebsgrößen und Regionen schriftlich befragt. Im ersten, zweiten und dritten Quartal erfolgen telefonische Interviews. Schwerpunkt der Befragungen sind Informationen über die Zahl und die Struktur der zum Befragungszeitpunkt offenen Stellen und den Verlauf von Stellenbesetzungsprozessen. Im Rahmen von Sonderfragenteilen werden auch immer wieder kurzfristig Einschätzungen der Betriebe und Verwaltungen über aktuelle Entwicklungen am Arbeitsmarkt oder die Wirkung arbeitsmarktpolitischer Instrumente gestellt. So auch im zweiten Quartal 2009, als die Betroffenheit von der Wirtschaftskrise und Maßnahmen dagegen ein Schwerpunkt der Befragung waren.

Die Erhebungen werden vom IAB in Zusammenarbeit mit Economix Research & Consulting konzipiert und durchgeführt.

lichen Stützungsmaßnahmen waren hier offenbar so wirksam, dass sich die Betriebe und ihre Beschäftigten besser als in anderen Bereichen geschützt fühlen – oder dies zumindest so kommunizieren.

Maßnahmen der betroffenen Betriebe gegen die Auswirkungen der Krise

Was können Betriebe tun?

Geht der Absatz im Zuge einer Wirtschaftskrise zurück, haben Betriebe verschiedene Möglichkeiten, darauf zu reagieren. Häufig erfolgen Anpassungen über Veränderungen beim Personaleinsatz, da Personalkosten üblicherweise einen hohen Anteil der Betriebskosten ausmachen.

Entlassungen sind aber nicht die einzige Möglichkeit, die Personalkapazitäten zu verringern. Kosten, die dadurch eingespart werden können, müssen den Such- und Wiedereinstellungskosten im Falle einer Auftragsbelegung gegenübergestellt werden. Betriebe können auch die Einführung von Kurzarbeit, darüber hinaus reichende Arbeitszeitreduktionen, Lohnkürzungen oder Einstellungsstopps in Betracht ziehen, um die Kapazitäten und Kosten an die Krisensituation anzupassen.

Einsparpotentiale können sich auch durch Umstrukturierungsmaßnahmen ergeben. Wegfallende Aufträge können durch Erschließung neuer Kundengruppen oder Märkte abgedeckt werden. Bestehen keine Aussichten darauf, mittelfristig am Markt zu bleiben, werden sich die Betriebe zur Schließung gezwungen sehen.

Eine Übersicht der Befragungsergebnisse zu den betrieblichen Maßnahmen ist in Tabelle 5 dargestellt.

Einstellungsstopp bei 83 Prozent der betroffenen Betriebe

Rund vier von fünf betroffenen Betrieben haben einen Einstellungsstopp verfügt. Existentiell Betroffene unterschieden sich dabei kaum von denen, die die Krise nur in Teilbereichen spürten. Deutlich über dem Durchschnitt lagen die Anteile von Betrieben mit Einstellungsstopp insbesondere in den Bereichen Holz/Papier/Druck- und Verlagsgewerbe (96 %), Maschinenbau/Elektrotechnik/Fahrzeuge (91 %) und Ernährung/Textil/Bekleidung/Möbel (91 %).

Ein Blick auf die Zahl der SV-Beschäftigten zeigt, dass Einstellungsstopp vor allem ein Instrument der kleineren Betriebe ist. 86 Prozent der von der Krise

betroffenen Kleinstbetriebe und 78 Prozent der Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten haben keine neuen Mitarbeiter mehr eingestellt. Bei den Größeren lagen die Anteile mit 66 bzw. 49 Prozent deutlich niedriger. Dies mag auch durch höhere Fluktuationen in größeren Betrieben bedingt sein. Insgesamt aber hat die Dynamik am Arbeitsmarkt nachgelassen, was typisch für rezessive Phasen ist. Zwischen existentiell und in Teilbereichen betroffenen Betrieben gab es wiederum keine Unterschiede.

Nur jeder zehnte betroffene Betrieb hat Mitarbeiter entlassen

Obwohl die Betriebe nur selten neue Mitarbeiter einstellen wollten, haben sie doch weitgehend versucht, ihre Beschäftigten zu halten. Nur etwa 11 Prozent

aller von der Krise Betroffenen haben bis zum zweiten Quartal 2009 krisenbedingt Beschäftigte entlassen. Unter den existentiell Gefährdeten lag der Anteil mit 24 Prozent höher.

Angesichts der Auftragsentwicklung ist der Anteil von Betrieben mit Entlassungen als gering einzuschätzen. Er läge sicherlich höher, wenn andere Möglichkeiten der Personalkostenanpassung nicht zur Verfügung gestanden hätten oder nicht genutzt worden wären. Am häufigsten entließen Betriebe in den Bereichen Metall/Metallerzeugnisse (21 %), Chemie/Kunststoff/Glas/Baustoffe (20 %) und Holz/Papier/Druck- und Verlagsgewerbe (16 %) Mitarbeiter im Zuge der Krise. Die großen Betriebe mit mehr als 250 Beschäftigten nahmen Entlassungen häufiger vor als die kleineren.

Tabelle 5

Maßnahmen von Betrieben, die sich von der Krise betroffen fühlen

nach Wirtschaftszweigen, Betriebsgrößenklassen und Umfang der Betroffenheit

	Kostensenkung durch Umstrukturierung	Erschließen neuer Kundengruppen oder Märkte	Einstellungsstopp	Kurzarbeit	Kürzungen von Lohn oder Zusatzleistungen, oder Arbeitszeitreduktion**	Entlassung von Mitarbeitern
	in %					
von der Krise betroffen insgesamt	56	76	83	17	20	11
nach Wirtschaftszweigen – Anteile an allen Betrieben und Verwaltungen, die sich im jeweiligen Sektor betroffen fühlen, Mehrfachnennungen						
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt, Energie und Bergbau	56	85	90	38	26	16
Ernährung, Textil, Bekleidung, Möbel*	52	83	91	23	23	13
Holz, Papier, Druck- und Verlagsgewerbe*	62	89	96	33	30	16
Chemie, Kunststoff, Glas, Baustoffe*	56	87	84	33	22	20
Metall, Metallerzeugnisse*	61	87	87	51	29	21
Maschinen, Elektrotechnik, Fahrzeuge*	52	83	91	46	24	14
Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	55	72	85	10	21	8
Kredit- und Versicherungsgewerbe, Wirtschaftliche Dienstleistungen	55	86	74	13	16	10
Private, soziale und öffentliche Dienstleistungen	54	71	79	4	21	9
nach Betriebsgröße – Anteile an allen Betrieben und Verwaltungen der jeweiligen Betriebsgröße, die sich betroffen fühlten, Mehrfachnennungen						
bis 10 SV-Beschäftigte	53	74	86	14	19	9
10 bis 49 SV-Beschäftigte	63	84	78	26	24	17
50 bis 249 SV-Beschäftigte	66	82	66	41	29	21
250 und mehr SV-Beschäftigte	62	84	49	55	34	28
nach Umfang der Betroffenheit – Anteil an allen Betrieben und Verwaltungen in der jeweiligen Betroffenheitskategorie						
existentiell von der Krise betroffen	56	71	85	19	29	24
in Teilbereichen betroffen	55	77	83	17	18	8

* Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes

** Arbeitszeitreduktion unabhängig von Kurzarbeit

Quelle: IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots II/2009.

Der bislang geringe Anteil der Entlassungen mag auch eine Reaktion auf die Erfahrungen im vergangenen Aufschwung sein: Damals gelang es manchen Unternehmen nicht oder nur mit Schwierigkeiten, schnell die passenden Mitarbeiter einzustellen. Je nachdem, wie lange die Krise dauert, werden Betriebe eine mittel- bis langfristig ausgerichtete Personalpolitik beibehalten können oder nicht.

Kurzarbeit vor allem eine Maßnahme der Großen

Das Instrument der Kurzarbeit wurde im Zuge der Wirtschaftskrise in der Anwendung vereinfacht, und die Förderdauer wurde verdoppelt. Zeitlich beschränkt werden die Arbeitszeiten der Beschäftigten und damit die betrieblichen Personalkosten reduziert (die Arbeitszeit kann bis auf null Stunden zurückgehen). Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt einen durchschnittlichen Anteil von 60 Prozent bzw., wenn Kinder zu versorgen sind, von 67 Prozent des ausgefallenen Nettolohns (Crimmann/Wießner 2009 sowie Bach/Spitznagel 2009). Für die Beschäftigten bedeutet Kurzarbeit eine Arbeitszeitverkürzung mit teilweise Lohnausgleich.

Rund 17 Prozent der von der Krise betroffenen Betriebe haben laut Befragung im zweiten Quartal 2009 Kurzarbeit genutzt. In diesen Betrieben waren ebenfalls 17 Prozent aller SV-Beschäftigten (4,6 Mio.) tätig. Die Anteile unterscheiden sich kaum zwischen denen, die existenziell betroffen waren und denen, die die Krise nur in Teilbereichen gespürt haben. Wie viele Beschäftigte in Kurzarbeit waren, geht aus der Befragung nicht hervor. Die Bundesagentur für Arbeit schätzt die Zahl der Empfänger von Kurzarbeitergeld nach §170 SGB III für Mai 2009 auf 1,3 bis 1,4 Mio. Personen (Bundesagentur für Arbeit 2009).²

Am häufigsten wurde Kurzarbeit laut Befragung in den Bereichen Metall/Metallerzeugnisse sowie Maschinenbau/Elektrotechnik/Fahrzeuge eingesetzt. Hier hat etwa jeder zweite betroffene Betrieb Kurzarbeit eingeführt. Von den größeren Betrieben mit mehr als 250 SV-Beschäftigten nutzte ebenfalls jeder zweite dieses Instrument, in betroffenen Kleinstbetrieben nur 14 Prozent. Kurzarbeit ist somit vor allem eine Maßnahme der Großen, um der Krise zu begegnen.

² Siehe auch <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/s.html?call=l> für weitere Informationen der Bundesagentur für Arbeit zur Kurzarbeit.

³ In tarifgebundenen Unternehmen bedarf es dazu entsprechender Öffnungsklauseln.

Unabhängig von Arbeitszeitreduktionen über Kurzarbeit können Unternehmen mit ihren Beschäftigten bzw. deren Vertretern (Gewerkschaften, Betriebsrat) Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich vereinbaren.³ Etwa 11 Prozent aller von der Krise betroffenen Betriebe hatten zum Befragungszeitpunkt bereits kürzere Arbeitszeiten vereinbart oder standen in Verhandlungen darüber. Im Unterschied zur Kurzarbeit reduziert sich jedoch hierbei der Lohn für die Beschäftigten vollständig um den Anteil der verkürzten Arbeitszeit, da die Bundesagentur für Arbeit keinen Ausgleich leistet. Die Personalkosten der Unternehmen sinken entsprechend.

Lohnkürzungen in Folge der Krise

Bis zum zweiten Quartal 2009 hatten 12 Prozent der von der Krise betroffenen Betriebe Lohnkürzungen im Sinne einer Senkung der Stundenlöhne bereits durchgesetzt oder standen mit den Belegschaften und deren Vertretern in Verhandlungen darüber. Unter den existenziell gefährdeten Betrieben betrug der Anteil 29 Prozent. Lohnkürzungen bei gleichbleibender Arbeitszeit sind eine Maßnahme, um die Lohnstückkosten zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Die Umfrage zeigt zwar nicht, wie hoch die Lohnkürzungen waren. Sie zeigt allerdings, dass ein Teil der Betriebe auf Zugeständnisse der Arbeitnehmer zählt und zählen kann, um die Arbeitsplätze zu sichern.

In der Frage, ob Löhne, Arbeitszeiten oder beides reduziert werden sollen, haben sich die meisten Betriebe eindeutig für eine der beiden Alternativen entschieden. Nur 3 Prozent der Betroffenen gaben an, beide Maßnahmen gleichzeitig zu nutzen. Insgesamt haben ca. 20 Prozent Lohn- oder Arbeitszeitkürzungen vorgenommen oder standen darüber in Verhandlung mit den Belegschaften. Am höchsten lagen die Anteile in den Bereichen Holz/Papier/Druck- und Verlagsgewerbe (30 %) sowie Metall/Metallerzeugnisse (29 %). Am niedrigsten waren sie mit 16 Prozent im Bereich Kredit- und Versicherungsgewerbe/Wirtschaftliche Dienstleistungen.

Lohn- oder Arbeitszeitkürzungen nutzen vor allem große Betriebe mit mehr als 250 SV-Beschäftigten als Maßnahme gegen die Krise: Jeder Dritte hatte zum Befragungszeitpunkt bereits Kürzungen umgesetzt oder stand in Verhandlungen darüber. Unter den Kleinstbetrieben wählte nur jeder Fünfte eine der beiden Maßnahmen.

Umstrukturierungen und Erschließung neuer Märkte häufig angestrebt

Rund 76 Prozent aller von der Wirtschaftskrise betroffenen Betriebe haben zum Befragungszeitpunkt versucht, neue Märkte und Kundengruppen zu erschließen, um Auftragsrückgänge der bisher bedienten Markt- und Kundengruppen abzufedern. Mehr als die Hälfte unternahm Umstrukturierungen, um die betrieblichen Kosten zu senken.

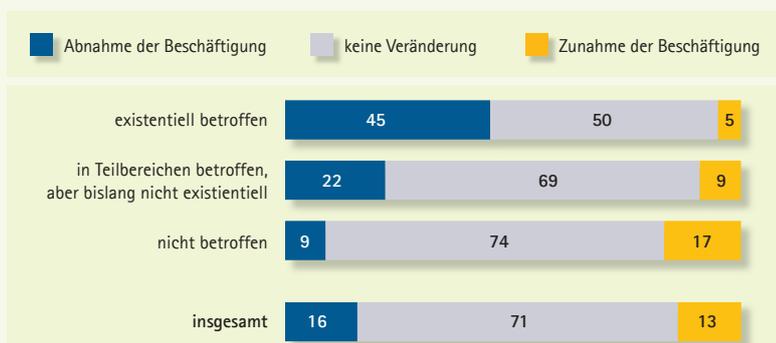
Beide Maßnahmen erfordern unter Umständen Kapital. Auch wenn jüngsten Studien zufolge die Kreditvergabe der Banken im Vergleich zu Vorkrisenzeiten im Durchschnitt nicht zurückhaltender geworden ist, bestätigen die Studien eine gestiegene Risikoaversion der Banken (Schröder 2009 und Bundesverband der Deutschen Industrie 2009). Die Kreditvergabe an Betriebe, deren Aufträge krisenbedingt zurückgehen, dürfte restriktiver gehandhabt werden als an Betriebe, die von der Wirtschaftskrise nicht betroffen sind. Fehlende Kredite können jedoch eine erfolgreiche Krisenbewältigung be- oder verhindern. Laut Befragung liegt der Anteil der Betriebe, die versuchen, neue Märkte und Kunden zu erschließen, mit 71 Prozent bei den existentiell Betroffenen niedriger als in Betrieben, die nur in Teilbereichen betroffen sind. Größere Betriebe gehen diesen Weg häufiger als kleinere.

Nicht nur die Reaktionen der Betriebe, sondern auch die Dauer der Krise werden darüber entscheiden, ob betroffene Betriebe am Markt bleiben oder nicht. Vor allem kleine und mittelgroße Betriebe mit beschränkten finanziellen Eigenmitteln dürften nur eine begrenzte Zeit in der Lage sein, ohne Hilfe von außen die Krise zu überstehen. Damit kommt es zu einem Dilemma: Zwar ist die restriktive Vergabe von Krediten an betroffene Betriebe aus Sicht der Banken nachvollziehbar. Jedoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass ein Teil der nun in existentieller Not stehenden Betriebe vor der Krise wirtschaftlich gut aufgestellt und nicht von Miss-Management geprägt war. Ohne finanzielle Stützung von außen besteht das Risiko, dass solche – an sich überlebensfähigen – Betriebe den Markt verlassen und Beschäftigte entlassen müssen. So gesehen stehen die einzelwirtschaftlichen Interessen und Risikoabwägungen der Banken in der von ihnen mitverursachten Krise dem gesamtwirtschaftlichen Interesse entgegen.

Abbildung 4

Beschäftigungserwartung der Betriebe im II. Quartal 2009 für die nächsten zwölf Monate

nach Betroffenheit von der Krise, Anteile in %



Quelle: IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots II. Quartal 2009.

© IAB

Betriebsschließungen selten

Nur etwa zwei Prozent aller von der Krise betroffenen Betriebe gaben an, dass sie ihren Betrieb schließen werden. In ihnen arbeiteten ca. 22.000 SV-Beschäftigte. Es waren eher kleinere Betriebe als größere und erwartungsgemäß waren es vor allem diejenigen, die sich existentiell betroffen fühlten. Jeder zehnte von ihnen gab an, dass der Betrieb aufgegeben wird. Im Allgemeinen aber haben sich Betriebe zumindest im zweiten Quartal 2009 selten zu einer Schließung entschieden. Der weit überwiegende Teil auch der existentiell Gefährdeten nutzt andere Maßnahmen. (Betriebe, die bis zum Befragungszeitpunkt bereits geschlossen worden waren, konnten in der Befragung nicht berücksichtigt werden.)

Beschäftigungspläne verhalten optimistisch

Die im zweiten Quartal 2009 geäußerten Beschäftigungserwartungen für die kommenden zwölf Monate waren weniger pessimistisch, als angesichts der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis zum Befragungszeitpunkt zu erwarten gewesen wäre. 13 Prozent aller Betriebe (mit ca. sechs Mio. SV-Beschäftigten) erwarteten eine steigende Beschäftigung (vgl. **Abbildung 4**). Rund 16 Prozent der Betriebe (mit sechs Mio. SV-Beschäftigten) erwarteten eine negative Entwicklung, 71 Prozent gingen von einer gleichbleibenden Zahl ihrer Beschäftigten aus. In diesen Betrieben arbeiteten 15 Mio. SV-Beschäftigte.

■ Fazit

Im zweiten Quartal 2009 waren vier von zehn deutschen Betrieben und Verwaltungen von der Wirtschaftskrise betroffen. Sie hat sich weit in alle Bereiche der Wirtschaft ausgebreitet. Eine Eingrenzung auf das Finanzwesen und den Exportsektor ist nicht mehr möglich. Im Gegenteil, der Finanzsektor sieht sich mittlerweile deutlich weniger gefährdet als andere Bereiche.

Die Betriebe reagierten mit einem breiten Fächer von Maßnahmen auf die Auftragsrückgänge. So konnte bisher die Beschäftigung gestützt und ein

Im Moment deuten viele Indikatoren mindestens auf eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage hin. Ob es dennoch im weiteren Verlauf der Wirtschaftskrise zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen wird, hängt maßgeblich von der Belebung der Realwirtschaft ab – also davon, wann die Auftragseingänge wieder so stark wachsen, dass ein Abbau der Personalkapazitäten nicht mehr notwendig ist. Entscheidend wird auch sein, ob die Betriebe und Verwaltungen bis dahin in der Lage sein werden, Entlassungen und Schließungen mit den vorgestellten Maßnahmen zu verhindern. Schließlich stellt sich

Die Autoren



Anja Kettner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich A2 im IAB. Sie leitet die IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots. anja.kettner@iab.de



Dr. Markus Heckmann, Stephanie Pausch und Jörg Szameitat (v.l.n.r.) sind wissenschaftliche Mitarbeiter im Forschungsbereich A2 „Prognosen und Strukturanalysen“ im IAB. markus.heckmann@iab.de, stephanie.pausch@iab.de, joerg.szameitat@iab.de



Kurt Vogler-Ludwig ist Geschäftsführer von Economix Research & Consulting, München. vogler-ludwig@economix.org

massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden. Entlassungen und Betriebsschließungen waren eine seltene Antwort auf Auftragsrückgänge. Vielmehr standen personalwirtschaftliche Maßnahmen wie Einstellungsstopps, Kurzarbeit sowie sonstige Arbeitszeit- und Lohnkürzungen im Vordergrund. Gleichzeitig versuchten die Betriebe, betriebswirtschaftlich mit der Erschließung neuer Märkte und Umstrukturierungen gegenzusteuern.

In ihren Beschäftigungserwartungen blieben die Betriebe verhalten optimistisch. Der weit überwiegende Teil rechnete im zweiten Quartal 2009 mit einem unveränderten Beschäftigungsstand in den kommenden zwölf Monaten. Dies ist mehr als angesichts der bisherigen Konjunktorentwicklung zu erwarten wäre. Dennoch verlangsamt der Rückgang der Arbeitskräftenachfrage die Dynamik am Arbeitsmarkt und reduziert damit die Beschäftigungschancen für Neu- und Wiedereinsteiger.

auch die Frage, wie lange die Regierungen Nachfrageausfälle mit Staatsschulden kompensieren können, ohne dadurch private Nachfrage zu verdrängen oder das Wachstum mittelfristig durch die notwendige Haushaltskonsolidierung zu bremsen.

Literatur

- Bach, H.-U.; Spitznagel, E. (2009): Kurzarbeit: Betriebe zahlen mit – und haben was davon. IAB-Kurzbericht Nr. 17, 8 S.
- Bundesagentur für Arbeit 2009: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Juli, 86 S.
- Bundesverband der Deutschen Industrie (2009): BDI-Mittelstandspanel. Ergebnisse der Online-Mittelstandsbefragung Frühjahr 2009. 32 S.
- Crimmann, A.; Wießner, F. (2009): Wirtschafts- und Finanzkrise: Verschnaufpause dank Kurzarbeit. IAB-Kurzbericht Nr. 14, 12 S.
- Schröder, M. (2009): Haben wir eine Kreditklemme? ZEW-news, Juli/August, S. 4-6.